

Bezahlbares Wohnen, Bildungsgerechtigkeit
und kommunale Investitionen

Impulse für den Landeshaushalt in Baden-Württemberg



im Oktober 2026

Bezahlbares Wohnen – Bildungsgerechtigkeit – kommunale Investitionen – Impulse für den Landeshaushalt in Baden-Württemberg

Haushalt 2027 – Lackmustest für Grün-schwarz unter Özdemir

Mitte September setzten die Grünen bei ihrer Fraktionsklausur im badischen Leimen ihren Schwerpunkt auf die Erneuerung der industriellen Stärke des Landes durch „neue Wertschöpfung, gute Arbeit und mehr Investitionen“. Die CDU tat es ihnen in Freiburg gleich und kündigte eine Standortoffensive 2030 für Arbeitsplätze, Mittelstand und industrielle Wertschöpfung an. Im Landeshaushalt 2027 müssen sich die neue Landesregierung und die Regierungsfractionen daran messen lassen. Sie müssen notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglichen, Wirtschaftsimpulse setzen und das von beiden Koalitionspartnern angekündigte beitragsfreie letzte Kindergarten-Jahr als ein Baustein von mehr Bildungsgerechtigkeit finanzieren.

Schwache Wirtschaft: Öffentliche Finanzen unter Druck

Die schwache Konjunktur führt zu erheblichen Einnahmeausfällen bei Bund, Ländern und Kommunen.¹ Baden-Württembergs Wirtschaftsleistung stieg im ersten Halbjahr 2026 zwar real um 1,4 Prozent, jedoch nach einem Rückgang von 0,6 Prozent im Jahr 2025 und Stagnation seit 2022.² Aktuelle Prognosen erwarten weiteres Wachstum, allerdings auf unsicherem Fundament: Die strukturelle

Krise des deutschen Exportmodells, geopolitische Unsicherheiten und eine schwache private Investitionstätigkeit bremsen die Entwicklung. Getragen wird die Konjunktur vor allem von staatlichen Impulsen durch das Sondervermögen des Bundes, nicht von privatem Konsum und privaten Investitionen.³ Damit bleiben die Einnahmen von Land und Kommunen unsicher und die Spielräume für Zukunftsinvestitionen unter Druck.

Insbesondere Baden-Württemberg braucht jedoch erhebliche öffentliche und private Investitionen, um zukunftsfähige industrielle Geschäftsmodelle zu entwickeln, die Erneuerung der Wirtschaft voranzubringen und gute Arbeitsplätze zu sichern. Dafür muss das Land gezielt in Infrastruktur, Forschung, Bildung und Innovation als Voraussetzungen für industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung investieren.

72 Milliarden – ein überzeugender Plan für die Zukunft?

Erwartbar orientiert sich die Landesregierung jedoch am selbstgesteckten Finanzrahmen, nicht an den ermittelten Bedarfen. Selbst das Rekordvolumen von 72 Milliarden relativiert sich angesichts von Preissteigerungen und Stellenaufwuchs in den Ministerien.^{4,5} Unterlassene Investitionen können dabei langfristig höhere Kosten verursachen als

¹ Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2026, 24.09.2026. <https://t1p.de/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2026>

² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, PM 207/2026, 24.09.2026. <https://t1p.de/wirtschaft-q1-2026>

³ IW-Report, Nr. 40/2026, 07.10.2026. <https://t1p.de/konjunkturimpulse>

⁴ Gewerbebauteil +44 %, Verbraucherpreise +20% ggü. 2020, Statistisches Landesamt BW (2026).

⁵ Von Sparkurs keine Spur, SWR BW, 06.10.2026 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/gruen-schwarz-schafft-hochdotierte-stellen-100.html>

ihre rechtzeitige Finanzierung. Was Grün-schwarz dem Landeshaushalt an Investitionsimpulsen versagt, soll privates Investitionskapital kompensieren helfen.⁶ Ausgang mehr als ungewiss.

Die baden-württembergische DGB-Investitionsstudie dagegen bemisst den Investitionsbedarf von Land und Kommunen bis 2030 auf jährlich rund 65 Milliarden Euro.⁷ Entscheidend ist deshalb, die finanziellen Spielräume des Landes jetzt zu nutzen, statt kurzfristigen Haushaltsausgleich über Zukunftsperspektiven zu stellen. Das gilt umso mehr, als die verhaltenen wirtschaftlichen Aussichten dringend nach Impulsen des Landes verlangen.

Finanzierung: Kurzfristige Handlungsfähigkeit, ausbleibende Impulse

Der Landeshaushalt 2027 beruht auf einer Kombination aus Kreditaufnahme, Überschüssen der Vorjahre und dem Rückgriff auf Rücklagen. Die Lücke in der Finanzplanung von rund 7,23 Milliarden Euro decken unter anderem 2,78 Milliarden Euro aus dem Überschuss 2024, 464 Millionen Euro aus 2025 und rund 1,3 Milliarden Euro konjunkturbedingte Kredite. Darin enthalten sind 504 Millionen Euro aus der neu geschaffenen „kommunalen Konjunkturkomponente“, die eine erhöhte Kreditaufnahme ermöglicht. Hinzu kommen Eingriffe bei Pensionsvermögen und Rücklagen (siehe unten).

Der Haushalt 2027 ist damit finanziert, löst aber die strukturellen Finanzierungsprobleme des Landes und seiner Kommunen nicht. Zwar plant die Landesregierung zusätzliche Ausgaben für unter anderem Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und Innovation sowie eine Unterstützung der Kommunen. Eine wesentliche Erhöhung der Investitionsquote ist indessen nicht erkennbar. Angesichts der Krise der kommunalen Haushalte ist die Unterstützung für die Kommunen zu zaghaft, Investitionen drohen auf der Streichliste zu landen.

Landesregierung bleibt finanzpolitisch unter den Möglichkeiten

Aus finanzpolitischem Fundamentalismus lässt die Landesregierung erneut ihren größten Hebel ungenutzt. Mit ihrer wiederholten Weigerung, die strukturelle Neuverschuldung von 0,35 Prozent des baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts zu nutzen, verzichtet sie auf einen Ausgabenimpuls von rund 2,4 Milliarden Euro jährlich. Das wäre knapp fünfmal so viel wie die kommunale Konjunkturkomponente. Damit schöpft sie ihre Handlungsmöglichkeiten erneut nicht aus.

Kommunen: Entlastung notwendig, strukturelle Unterfinanzierung bleibt bestehen

Die prekäre Lage der Kommunen kann die Landesregierung nicht länger ignorieren. Wegen schwacher Konjunktur, sinkender Steuereinnahmen und steigender Sozialausgaben kann kaum noch eine Kommune einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Die Kassenkredite steigen seit 2023 rasant, allein 2025 lagen die kommunalen Haushalte vorläufig mit 4,3 Milliarden Euro im Minus.⁸ Ins Schaufenster stellt die Landesregierung deshalb ein Paket von 1,2 Milliarden Euro für Städte, Gemeinden und Landkreise. Dazu gehören unter anderem Mittel für kommunale Investitionen, die Eingliederungshilfe, Schulbegleitung und die Gesundheitsversorgung.

Das Paket ist notwendig, aber angesichts der strukturellen Unterfinanzierung ein Tropfen auf den heißen Stein: Es sichert keine auskömmliche Finanzierung kommunaler Aufgaben und ist keine dauerhafte Lösung. Zukunftsaufgaben wie die kommunale Wärmewende bleiben unerledigt, Klima und Handwerk werden so zu Verlierern. Nötig sind verlässliche Finanzierungsstrukturen und eine tragfähige Verteilung von Aufgaben und Kosten zwischen Land und Kommunen, damit diese Pflichtaufgaben erfüllen und Investitionen langfristig planen können.

⁶ In sog. „GreenBonds“ (Landesanleihen) und Mischfonds aus staatlichem und privatem Investitionskapital.

⁷ Bielinski/Brandt/Windels (2024): Exzellenz kommt nicht von alleine. DGB Baden-Württemberg, Stuttgart. <https://t1p.de/DGBBW-investitionsstudie>

⁸ Bundesministerium der Finanzen, Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2016 bis 2025, 25.08.2026. <https://t1p.de/BMF-kommunalfinanzen>

Rückführung aus Pensionsvermögen und Rücklagen

Wie bereits im vergangenen Haushalt verzichtet die Landesregierung auf Zuführungen zur Versorgungsrücklage und zum Versorgungsfonds und schafft sich dadurch Spielraum im Landeshaushalts von knapp 1,37 Milliarden Euro. Zusätzlich werden 200 Millionen Euro Zins- und Dividendenerträge aus dem Pensionsvermögen verwendet. Beide Sondervermögen sollen Spitzen der Versorgungskosten der Landesbeamten dämpfen. Dass die Spitze bereits überschritten und der Zeitpunkt zum Abschmelzen gekommen ist, ist weder nachvollziehbar belegt noch war es in der Vergangenheit unstrittig. Entnommene Mittel müssen in jedem Fall in die Ausweitung der Landesinvestitionen fließen.

Das beitragsfreie letzte Kita-Jahr: versprochen, und jetzt?

Das beitragsfreie letzte Kita-Jahr ist politisch angekündigt und in der Koalition vereinbart, im Haushaltsentwurf 2027 aber noch nicht finanziert. Die Übernahme der Elternbeiträge kostet schätzungsweise 200 bis 250 Millionen Euro jährlich. Die versprochene Entlastung für Familien und der Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit bleiben damit vorerst aus. Angesichts der in der jüngsten Pisa-Studie manifestierten Bildungsungerechtigkeit ist dies ungerecht gegenüber Kindern und Jugendlichen.

Für bezahlbares Wohnen, lebenswerte Kommunen und sichere Arbeitsplätze

Der DGB verlangt Korrekturen in der Haushaltspolitik mit einer klaren Schwerpunktsetzung für ein gerechtes und zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Grün-Schwarz muss seine finanzpolitischen Möglichkeiten nutzen. Mit der Strukturkomponente kann das Land pro Jahr Impulse in Höhe von rund 2,4 Milliarden Euro setzen.

Diese drei Impulse braucht das Land:

1. Der **soziale Wohnungsbau** wird mit **einer Milliarde Euro** angeschoben, damit Wohnen im Südwesten für die Menschen wieder bezahlbar wird.
2. Der Pisa-Schock 2.0 ist der Weckruf. **Bildungsgerechtigkeit** endlich konsequent umsetzen. Benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen besonders durch gute Betreuung und bessere Schulen unterstützt werden, auch das angekündigte beitragsfreie Kita-Jahr muss kommen. **700 Millionen Euro** stärken Bildungsgerechtigkeit.
3. Ein **kommunales Investitionsprogramm** stärkt die lokale Wärmewende, Verkehr und Klimaschutz. Um drohenden Einschnitten kommunaler Investitionen entgegenzuwirken, werden den Städten und Gemeinden **700 Millionen Euro** zusätzlich zur Verfügung gestellt. Von kommunalen Investitionen profitieren Klima, regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Damit geht das Land drängende Probleme und setzt zugleich wichtige Nachfrageimpulse für lokale Unternehmen. So stärkt es kleine und mittlere Unternehmen, stabilisiert die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen, sichert Beschäftigung und unterstützt die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung.

Jenseits des Haushalts bleibt viel zu tun...

Die Investitionsbedarfe sind enorm und die Finanzierung der Kommunen unter Druck, während gleichzeitig die Ungleichheit im Land weiterwächst. Das Land und der Finanzminister müssen deshalb mit einem eigenen Vorschlag eine **Reform der Staatsfinanzierung** anstoßen: Vermögen- und Erbschaftsteuer gerechter ausgestalten, den kommunalen Anteil an Einkommen- und Kapitalertragsteuer erhöhen und die Kommunen dauerhaft besser ausstatten. Wer einen leistungsfähigen Staat will, muss für Steuergerechtigkeit sorgen!